

Gegen die sogenannte «Nachhaltigkeitsinitiative»

Warum die Initiative den Kulturbereich in der Schweiz gefährdet

Der Name täuscht: Die sogenannte «Nachhaltigkeitsinitiative» ist weder sozial noch ökologisch noch wirtschaftlich nachhaltig. Sie setzt auf starre Grenzen statt auf vernünftige und umsetzbare Lösungen.

Die Initiative verlangt, dass in der Schweiz bis 2050 weniger als 10 Millionen Menschen leben. Schon ab 9,5 Millionen sollen einschneidende Massnahmen, wie beim Familiennachzug, beschlossen werden. Am Ende nimmt sie sogar in Kauf, dass die Personenfreizügigkeit mit der EU aufgehoben wird. Bundesrat und Parlament lehnen die Vorlage deshalb ab. Sie warnen: Die Initiative gefährdet den bewährten bilateralen Weg der Schweiz und schafft in einer ohnehin unsicheren Zeit noch mehr Unsicherheit. Für den offenen, vielfältigen und mit Europa eng verbundenen Kulturbereich der Schweiz wäre das ein Rückschritt.

Die sogenannte «Nachhaltigkeitsinitiative» steht nicht allein da. Sie reiht sich in eine lange Geschichte von Vorlagen ein, die Zuwanderung begrenzen und die Schweiz stärker abschotten wollten. Von der Schwarzenbach-Initiative 1970 über die Ecopop-Initiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen», welche die Zuwanderung mit einer festen Obergrenze stark einschränken wollte, bis zur Begrenzungsinitiative 2020 wurden solche Vorlagen wiederholt abgelehnt. Die Schweiz hat sich damit mehrfach gegen starre Abschottung und für einen offenen, vernetzten Weg entschieden. Dieser Weg erwies sich als erfolgreich.

Die Initiative ist also alter Wein in neuen Schläuchen. Sie greift die vom Volk wiederholt abgelehnte Linie wieder auf und geht sogar noch weiter. Die Initiative verbindet starre Grenzwerte direkt mit den bilateralen Verträgen und der bewährten Personenfreizügigkeit mit Europa.

Die sogenannte «Nachhaltigkeitsinitiative» gefährdet nicht nur Wohlstand, Sicherheit und die humanitäre Tradition der Schweiz. Sie verstärkt auch die gesellschaftliche Polarisierung, schwächt den sozialen Zusammenhalt und droht die Schweiz innerhalb Europas zu isolieren. Sie wirkt dem pulsierenden, innovativ offenen und erfolgreichen Kulturbereich der Schweiz entgegen.

Argumente aus der Sicht des Kulturbereichs

Schwächung der kulturellen Vielfalt und des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Kulturelle Vielfalt prägt die Schweiz. Sie prägt unser Zusammenleben, unsere Werte, unsere Traditionen und unsere Ausdrucksformen. Kultur schafft Räume für Austausch, Verständigung und Zusammenhalt. Kulturelle Teilhabe, Begegnung und ein respektvoller Umgang miteinander sind wichtige Grundlagen für den sozialen Frieden in unserem Land. Die Initiative folgt jedoch einer Politik der Begrenzung und Abgrenzung. Sie vertieft gesellschaftliche Gräben und stigmatisiert Zugezogene. Damit schwächt sie die Kultur in ihrer Rolle als verbindende Kraft:

- Weniger Vielfalt und ein geschwächter gesellschaftlicher Zusammenhalt;
- Mehr Polarisierung statt mehr Verständigung gefördert durch kulturelle Praxis;
- Geringere Innovationskraft und ein eingeschränkter Talentpool.

Gefährdung des internationalen Kulturaustauschs

Die Initiative zielt u. a. auf eine Begrenzung der Bevölkerung und stellt explizit die Personenfreizügigkeit mit der EU infrage. Für den Schweizer Kulturbereich sind internationaler Austausch und Mobilität jedoch zentral. Kunst und Kultur leben von Begegnungen, Zusammenarbeit und Offenheit über Grenzen hinweg. Wenn Mobilität eingeschränkt wird, werden auch Sichtbarkeit, Zusammenarbeit und Vernetzung geschwächt. Die Schweiz droht kulturell isolierter zu werden.

Das schwächt:

- die Sichtbarkeit der Schweizer Kultur im Ausland,
- internationale Koproduktionen,
- Residenzprogramme und kulturelle Netzwerke,
- europäische Programme sowie die Anbindung an Creative Europe.

Steigender Druck auf öffentliche Kulturfinanzierung

Die Initiative ist Teil eines politischen Diskurses, der Bevölkerungswachstum vor allem als Problem darstellt. Das erhöht den Druck, staatliche Mittel anders zu verteilen. Ausgaben mit Fokus auf technische Infrastruktur, Sicherheit, etc. werden priorisiert, während andere an den Rand gedrängt werden. In einem solchen Klima gerät Kulturförderung schneller zur Kürzungsmasse. Das gefährdet die nachhaltige Entwicklung des Kulturbereichs:

- Kulturförderung gerät bei Kürzungsrunden schneller unter Druck;
- Langfristige Förderstrukturen verlieren an Stabilität und Planungssicherheit;
- Besonders betroffen sind fragile Bereiche wie die freie Szene und internationale Kulturprojekte.

Das Wichtigste in Kürze

Ende 2025 lebten rund 9,1 Millionen Menschen in der Schweiz. Seit 2002 ist die Bevölkerung vor allem durch Zuwanderung um rund 1,7 Millionen gewachsen. Wie stark diese ausfällt, hängt von der wirtschaftlichen Lage und vom Bedarf an Fachkräften ab. Wenn in der Schweiz Personal fehlt, rekrutieren Unternehmen oft im EU-Raum. Auch der Kulturbereich findet so Zugang zu gesuchten internationalen Kompetenzen und benötigtem Fachwissen.

Die sogenannte «Nachhaltigkeitsinitiative» will die ständige Bevölkerung der Schweiz bis 2050 unter 10 Millionen halten. Wird vor 2050 die Schwelle von 9,5 Millionen überschritten, verlangt die Initiative Massnahmen, unter anderem im Asylbereich und beim Familiennachzug. Zudem müsste der Bundesrat internationale Abkommen anpassen oder kündigen. Wird die 10-Millionen-Grenze überschritten, muss die Schweiz Abkommen kündigen – nach zwei Jahren auch die Personenfreizügigkeit mit der EU. Damit fielen die Bilateralen I weg, und auch Schengen/Dublin sowie die Zusammenarbeit in Sicherheits- und Asylfragen wären gefährdet.